

Bodenheim, 16. November 2020

CDU: Bodenheim soll keine Trabantenstadt für Mainz und Frankfurt werden

Hermes: Wir brauchen Gewerbe-Steuereinnahmen und bezahlbaren Wohnraum für die ortsansässige Bevölkerung

Gegen die Umwandlung des Gewerbegebiets Eichweg Nord (Bereich zwischen Rewe / Vitatum, Eichweg und den Neubauten am südlichen Ende der Gutenbergstraße) in Mischgebiet haben sich die Bodenheimer Christdemokraten ausgesprochen. Zur Begründung sagte ihre Vorsitzende, Heike Hermes, durch ungehemmtes Wachstum würde die Gemeinde ihren bisherigen Charakter verlieren und immer mehr zu einer Trabantenstadt von Mainz und Frankfurt werden. Nach dem Wegfall der Steuerzahler Kümmerling und Hilge brauche Bodenheim umso mehr die Ansiedlung von Unternehmen, die Arbeitsplätze schafften und in die Gemeindekasse einzahlten. Anders sei der zunehmende Aufwand für die Infrastruktur und für die Weiterentwicklung Bodenheims nicht zu finanzieren. Ein sehr gutes Beispiel sei das Vitatum, dessen Erweiterung als Gesundheitszentrum im Rahmen des bestehenden Bebauungsplans möglich und zu begrüßen ist.

Ein Mischgebiet lässt sowohl Gewerbe- als auch Wohnbebauung zu. Beispiele aus der Vergangenheit bestätigen nach Meinung der CDU allerdings die Befürchtung, dass im Rahmen von Ertragsoptimierung fast ausschließlich Wohnbebauung entsteht, da für den Eigentümer durch den Verkauf von Wohnflächen ungleich höhere Preise erzielbar sind als für Gewerbeflächen. Die Verkaufserlöse lassen sich zudem durch eine verdichtete Wohnbebauung weiter optimieren. Erfahrungen zeigen, dass dadurch kein für die ortsansässige Bevölkerung bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird, der aber dringend gebraucht wird. Die angekündigten wenigen Wohneinheiten mit zehn Jahren Sozialbindung seien „reine Augenwischerei“. „Wir brauchen Wohnraum für die Bodenheimer und ihre nachwachsende Generation. Deshalb plädieren wir für die Schließung von Baulücken und die Beseitigung von Leerständen“, sagte die CDU-Vorsitzende. Der Ortsbürgermeister und seine SPD-Mehrheit im Gemeinderat hätten bisher Zeit genug verstreichen lassen, Wohngebiete selbst zu entwickeln, die für Bodenheimer noch bezahlbar sind.

Durch einen zu starken Bevölkerungszuwachs entstünden der Gemeinde, so die CDU, zuerst vor allem Nachteile und Kosten durch die Schaffung notwendiger Kindergarten- und Schulplätze, Verkehrsanbindungen, sowie für Ver- und Entsorgungsinfrastruktur. Die großflächige Umwandlung von Gewerbefläche in Wohnfläche sei damit für Bodenheim eher

strukturell schädlich und gehe zulasten der heute hier lebenden Bürgerinnen und Bürger. Grundsätzlich müsse man auch darüber reden, ob die Bodenheimer wirklich wollen, dass die Marke von 10.000 Einwohnern erreicht bzw. überschritten werden solle.

Der Bedarf an Gewerbefläche in Bodenheim sei hoch, so die Union. Um den Wegfall dieser Flächen auszugleichen, bestehe die begründete Befürchtung, dass weitere landwirtschaftliche Fläche zugunsten von Gewerbeflächen geopfert und damit versiegelt werde. Gewerbeflächen sollten deshalb nicht umgewandelt, sondern erhalten werden. Zudem würde in diesem Falle ein Präzedenzfall geschaffen und Begehrlichkeiten bei anderen Investoren wecken nach dem Motto: Ich kaufe günstig ein Industrie- oder Gewerbegebiet, lasse es in ein Misch- oder Wohngebiet umwandeln und verkaufe dann teuer den Wohnraum. Die Kosten dafür trage die Gemeinde.